

Antijapanischer Nationalismus – bedingter Reflex und gefährliches Kalkül

Karsten Giese

Der Monat April war in verschiedenen chinesischen Metropolen gekennzeichnet von antijapanischen Demonstrationen tausender junger Chinesen, die teils mit gewalttätigen Ausschreitungen gegen japanische konsularische Einrichtungen und Unternehmungen einhergingen. Westliche Medien sprachen in diesem Zusammenhang von den größten Massendemonstrationen seit den anti-amerikanischen Protesten aufgrund der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad im Jahr 1999. Einige Kommentatoren bemühten gar den Vergleich mit den Studentendemonstrationen des Jahres 1989, obgleich die möglichen Parallelen sich auf das Alter der Teilnehmer an den antijapanischen Demonstrationen beschränken dürften. Selbst das bei den Studenten des Jahres 1989 deutlich vorhandene Motiv der Sorge um das Vaterland kann den jungen städtischen Protestteilnehmern kaum uneingeschränkt zugute gehalten werden.

Was in den gewalttätigen Ausschreitungen gegen japanische Institutionen und Firmen von Seiten einer Minderheit von Demonstranten im April des Jahres kulminierte, hat eine längere und letztlich keineswegs auf China beschränkte unmittelbare Vorgeschichte. Zwar dürften die in starken Worten formulierten Berichte der chinesischen Presse über ein neues als revisionistisch, geschichtsverfälschend und beleidigend charakterisiertes japanisches Schulbuch (Xinhua, 31.3.05, nach BBC PF, 1.4.05; XNA, 11.4.05) sowie deren weit verbreitete Diskussion im Internet für die Eskalation und starke Ausweitung von antijapanischen Demonstrationen verantwortlich sein. Aber bereits zuvor hatte es Protestaktionen kleinerer Gruppen gegen Japan gegeben, die sich zunächst ausschließlich gegen die japanischen Ambitionen auf einen ständigen Sitz in einem zukünftig erweiterten Sicherheitsrat der Vereinten Nationen richteten.

Aus den USA nach China und vom Internet auf die Straße

Organisiert von lediglich 20 Mitgliedern der China Federation for Defending the Diaoyu Islands fand so beispielsweise bereits am 31. März vor dem Chaoyang-Park in Beijing eine rund einstündige Protestaktion statt, während derer etwa 200 Personen ihre Unterschrift un-

ter Slogans setzten, mit denen sich die Organisatoren gegen eine permanente Sicherheitsratsmitgliedschaft Japans aussprachen (Kyodo News Service, 31.3.05, nach BBC PF, 1.4.05). Hierbei handelt es sich jedoch um den chinesischen Teil einer Kampagne, die bereits Ende Februar mit der Vorstellung einer entsprechenden Petition von verschiedenen Initiativgruppen unter Leitung der in Los Angeles ansässigen Alliance to Preserve the History of WWII in Asia eingeleitet worden war. Erklärtes Ziel der überwiegend aus asiatisch-stämmigen Amerikanern bestehenden Initiative war es, bis zum Herbst mindestens eine Million Unterschriften zu sammeln und diese den Vereinten Nationen zu Beginn der Verhandlungen über die Reform des Sicherheitsrats im Herbst zu überreichen. (Vgl. ALPHA-LA 2005; *Choson Ilbo* online, 26.3.05, nach BBC PF, 26.3.05)

In der Volksrepublik China fand im März die Unterschriftenkampagne von chinesischen patriotischen Gruppen, die sich explizit gegen Japan richten, ihren Weg auf mehr als 100 Websites. Die Internetausgabe der *Volkszeitung* (*Renmin Ribao*) berichtete wohlwollend und verwies auf mehrere Websites, darunter auch die in Shanghai registrierte und dem „korrekten“ Andenken an den antijapanischen Krieg gewidmete www.china918.net (RMRB online, 23.3.05). Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua ermunterte auf ihrem Portal zur Unterschrift sowie zu Anregungen an die chinesische Regierung in dieser Sache; und auch das überaus populäre Internetportal sina.com bot Gelegenheit zur Unterzeichnung und trug damit zur Verbreitung des Themas und der Petition unter den mehr als 94 Millionen chinesischen Internetnutzern bei (DGB online, 25.3.05, nach BBC PF, 29.3.05). Sowohl die technische und inhaltliche Unterstützung der Unterschriftensammlung durch Xinhua und sina.com als auch die wohlwollende Berichterstattung seitens der offiziellen Printmedien, etwa der *China Youth Daily* (*Zhongguo Qingnian Bao*, Presseorgan der KP-Jugendorganisation), über die in den USA initiierte Kampagne und damit in Verbindung stehende weitere Initiativen von Auslandschinesengruppen (*Choson Ilbo* online, 26.3.05, nach BBC PF, 26.3.05) machen deutlich, dass die chinesische Regierung, die politisch relevante Internetinhalte strikt überwacht und zensiert, diese Entwicklung zumindest mit Wohlwollen beobachtete.

Nicht zuletzt ermuntert durch die scharfe Kritik der chinesischen Regierung an der erneuten Ablehnung eines Entschädigungsanspruches im Falle einer chinesischen *comfort woman* durch ein japanisches Gericht (XNA, 25.3.05) oder in der Presse verbreitete Vermutungen, große japanische Unternehmen (Asahi Beer, Mitsubishi) hätten rechtsgerichteten Gruppen Unterstützung für die revanchistische Revision japanischer Geschichtsbücher gewährt (ZTS, 1.4.05, nach BBC PF, 3.4.05), gewann die Unterschriftensammlung bis Ende März mehr als 1,7 Millionen Unterstützer in China (*Choson Ilbo* online, 26.3.05, nach BBC PF, 26.3.05). Am 4. April war die Zahl der Unterzeichner nach Angaben der beteiligten Websites bereits auf mehr als 22 Millionen angewachsen (FT online, 4.4.05). Inzwischen hatte die Unterschriftenkampagne allerdings auch den virtuellen Raum des Internets verlassen und sich in den chinesischen Großstädten zu einer breiten antijapanischen Protestbewegung entwickelt.

Boykottaufrufe und Ausschreitungen unter den Augen der Staatsmacht

Insbesondere an der Frage der Überarbeitung eines japanischen Schulbuches für das Fach Geschichte und die darin zum Ausdruck kommenden revisionistischen und verharmlosenden Tendenzen in Japan entzündeten sich die chinesischen Proteste. Schnell kam es zu Aufrufen zum Boykott japanischer Waren, und entsprechende Produkte wurden in Städten wie Guangzhou, Shenzhen, Shenyang und Changchun bereits Ende März aus den Regalen verschiedener Geschäfte entfernt (ZTS, 1.4.05, nach BBC PF, 3.4.05; Kyodo News Service, 31.3.05, nach BBC PF, 1.4.05). Über die weitere Entwicklung wurde in der internationalen Presse hinlänglich berichtet. Die drei ersten Wochenenden des Monats April standen in verschiedenen chinesischen Großstädten im Zeichen zunehmend eskalierender antijapanischer Demonstrationen von teils mehr als 20.000 Menschen. Steine, Flaschen und Eier wurden auf japanische Konsulate und die Botschaft in Beijing geworfen, diverse Scheiben japanischer Geschäfte, Kaufhäuser und Restaurants zerstört. Die große Mehrheit der Demonstranten, deren Alter übereinstimmend von 15 bis Ende 30 Jahren angegeben wurde, beschränkte sich jedoch augenscheinlich auf das Skandieren nationalistischer, antijapanischer und auch rassistischer Parolen. Die chinesischen Sicherheitsbehörden verhielten sich offensichtlich weitgehend passiv, versuchten nicht, die ungenehmigten Demonstrationen aufzulösen, und ließen auch die Ausschreitungen gegen japanische Einrichtungen zu. Berichte aus Beijing zeigen beispielsweise, dass lediglich ein Marsch über den symbolträchtigen Platz des Himmlischen

Friedens verhindert wurde. (Vgl. u.a. ST, 5.4., 9.4., 10.4., 17.4.05; IHT, 7.4., 12.4., 21.4.05; Kyodo News Service, 9., 12.4.05, nach BBC PF, 10., 13.4.05; WSJ, 11.4., 18.4.05; NZZ, 11.4.05; FAZ, 11.4., 13.4., 18.4.05; SCMP, 11.4., 16.4., 18.4.05)

Das Internet und auch die Mobilfunknetze spielten im Zusammenhang mit den Demonstrationen eine herausragende Rolle. Insbesondere die Demonstrationen am zweiten Aprilwochenende wären ohne diese neuen Kommunikationstechnologien wohl nicht möglich gewesen, da die chinesische Regierung nach dem ersten Demonstrationswochenende keine Medienberichte über die Demonstrationen zuließ (SCMP, 11.4.05, nach BBC PF, 12.4.05). Aufrufe zu den Großdemonstrationen am 9. April erschienen am 7. April auf diversen Internetseiten und wurden von dort aus auch über E-Mail und SMS verbreitet (WSJ, 11.4.05).

“Chain letter“ e-mail and text messages urged people to boycott Japanese products or sign online petitions opposing Japanese ascension to the United Nations Security Council. Information about protests, including marching routes, was posted online or forwarded by e-mail. Banned video footage of protest violence in Shanghai could be downloaded off the Internet. (Yardley 2005)

Warum also Massenprotest gerade jetzt?

Bereits in den zurückliegenden Jahren hatte es aus China immer wieder Kritik an der verharmlosenden Darstellung der militaristischen japanischen Vergangenheit gegeben. Auch die nicht nur von chinesischer Seite kritisierten Inhalte waren keineswegs gänzlich neu,¹ und nicht zuletzt steht die behördliche Entscheidung für oder gegen eine Zulassung und Einführung des Geschichtsbuches in den japanischen Unterricht noch aus. Es fragt sich daher, warum die kritische chinesische Berichterstattung gerade jetzt auf besonders fruchtbaren Boden fiel – und der öffentlichkeitswirksam kund getane Volkszorn zunächst offensichtlich auf besondere Gegenliebe seitens der chinesischen Regierung.

Internationale Kommentatoren gehen von einer weitgehenden Billigung und zumindest teilweisen Inszenierung der Demonstrationen durch die chinesische Regierung selbst aus und zitieren Demonstrationsteilnehmer, die diese Einschätzung teilen (Kahn 2005). Es ist unverkennbar, dass verschiedene Schritte Japans in jüngster Vergangenheit zu einer tief greifenden Verstimmung auf Seiten der chinesischen Regierung gesorgt haben:

- Revision der japanischen Sicherheitspolitik mit Nennung Chinas als potenzieller Bedrohung (C.a., 12/2004, Ü 5).

¹Am 10. Mai erklärten die Autoren des Schulbuchs, eine 69 Seiten umfassende englische Teilübersetzung der Asien betreffenden Kapitel 4 und 5 angefertigt zu haben, um ausländischen Kritikern, die das Buch meist gar nicht gelesen hätten, Gelegenheit zu geben, sich selbst ein unbeeinflusstes Bild vom Inhalt zu machen (Kyodo News Service, 10.5.05, nach BBC PF, 11.5.05). Der Text ist im Internet abrufbar unter: http://www.tsukurukai.com/05_rekisi_t/rekishi_English/English.pdf.

- Ausweitung der japanisch-amerikanischen Militärallianz unter indirekter Einbeziehung Taiwans (C.a., 2/2005, Dok 2).
- Neuerliche Einreiseerlaubnis für den ehemaligen taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui und Einmischung in die Taiwan-Frage (C.a., 12/2004, Ü 5).
- Koizumis Ablehnung der Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China (ST, 30.3.05).
- Ankündigung der Einstellung japanischer Entwicklungshilfe an China (C.a., 2/2005, Dok 6).
- Fortdauer und Eskalation des Territorialstreits um die Diaoyu-/Senkaku-Inseln (C.a., 2/2005, Dok 7; Kyodo News Service, 24.3.05, nach BBC PF, 25.3.05; XNA, 14.4.05; NZZ, 15.4.05).

Über diese realpolitischen Konflikte hinaus sind es immer wieder auch Akte auf dem Feld der symbolischen Politik, die auf chinesischer Seite zu Unzufriedenheit und Verärgerung führen. Die wiederholten Besuche des Yasukuni-Schreins durch den japanischen Ministerpräsidenten Koizumi und die aus chinesischer Sicht bislang nicht erfolgte offizielle Entschuldigung des japanischen Staates für das gegen den chinesischen Staat gerichtete Unrecht und die an der chinesischen Bevölkerung begangenen Kriegsgreuel sind nur zwei Beispiele unter vielen, die aus chinesischer Perspektive beweisen, dass Japan anders als Deutschland keine Abkehr von seinem militaristischen und imperialistischen Erbe vollzogen hat.

Das Bekanntwerden des geschichtsverzerrenden Geschichtsbuches unmittelbar vor dem 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs – ein äußerst ungeschicktes japanisches Timing – bot letztlich nur einen willkommenen Anlass für einen breit angelegten Protest gegen japanische Politik, die durch entsprechende Berichte und Stellungnahmen in den chinesischen Medien gründlich vorbereitet wurden. Die chinesische Regierung konnte sich sicher sein, dass diese Berichte auf fruchtbaren Boden insbesondere bei der jüngeren städtischen Bevölkerung fallen würden. Eine undifferenzierte Verurteilung Japans ist im urbanen China en vogue und hat ihre Grundlagen nicht zuletzt in dem von Verzerrungen der geschichtlichen Realität ebenfalls keineswegs freien Unterricht in den chinesischen Schulen. Differenzierte Darstellungen auch der japanischen Besetzung Chinas und deren Aufarbeitung durch Japan sowie die chinesisch-japanische Wiederannäherung nach Kriegsende existieren zwar in chinesischen Publikationen, doch scheinen diese staatlicherseits eher unerwünscht, wie das Beispiel der Entfernung zweier zuvor seit Monaten erfolgreich verkaufter Bücher des chinesischen Autors Yu Jie aus den Buchhandlungen seit Ende Dezember zeigt (Kyodo News Service, 30.3.05, nach BBC PF, 31.3.05).

„Volksdiplomatie“ im realpolitischen Machtkampf

Den eigentlichen Hintergrund für die staatlicherseits zunächst wohlwollend gebilligten – wenn nicht gar manipulierten und inszenierten – antijapanischen Massenproteste sind jedoch in einem innerasiatischen Machtkampf um Einfluss und Ressourcen und die chinesische Furcht vor einer Politik des Containment Chinas zu sehen, womit Mächte wie die USA oder Japan den Aufstieg des Reichs der Mitte zur regionalen Führungs- und letztlich zur Weltmacht zu verhindern suchten. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die japanischen Ambitionen auf einen Sitz in einem zukünftigen reformierten UN-Sicherheitsrat von Bedeutung. Die Mitgliedschaft Japans in diesem Gremium würde Chinas Position schwächen und die der USA stärken, so offenbar die Überlegungen in Beijing jenseits der Frage von historischer Schuld und deren Aufarbeitung auf japanischer Seite.

Lediglich die engen wirtschaftlichen Beziehungen und der Wunsch, auch weiterhin vom Zufluss japanischer Entwicklungshilfe profitieren zu können, der bislang nicht zuletzt durch wiederholte Appelle an das schlechte Gewissen Japans perpetuiert werden konnte, waren offensichtlich bis dato einer offiziellen chinesischen Ablehnung des japanischen Ansinnens abträglich, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat zu werden. Was also hätte der chinesischen Regierung in dieser Situation gelegener kommen können als massenhaft manifestierter Volkszorn? Volkes Wille bietet – sowohl in demokratischer als auch in kommunistischer Tradition der Massenlinie – schließlich die Legitimation für Politik und damit auch für eine ansonsten auf internationalem diplomatischen Parkett angesichts der blühenden bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit der nur unzureichend gesühnten japanischen Kriegsschuld nur mehr schwer zu erklärende Ablehnung der japanischen Sicherheitsratsambitionen. Auch andere Zugeständnisse Japans etwa in Territorialfragen oder im Hinblick auf die Taiwan-Frage, die Militärallianz mit den USA oder die Entwicklungshilfefzahlungen mussten der chinesischen Regierung auf der Basis bisheriger Erfahrungen mit der Instrumentalisierung von öffentlich manifestiertem Willen und verletzten Emotionen des Volkes in der Japanpolitik als realistisch erscheinen.

Letztlich wird jedoch kaum zu klären sein, ob die über mehrere Wochen anhaltenden Demonstrationen vollständig ins Kalkül der chinesischen Regierung passten und die offizielle Ablehnung des japanischen Anspruchs auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei gleichzeitiger Unterstützung indischer Ambitionen durch Wen Jiabao (vgl. Kahn 2005) sowohl innen- als auch außenpolitisch öffentlichkeitswirksam vorbereiteten. Denkbar ist vielmehr auch, dass die chinesische Regierung, die im bilateralen Verhältnis zu Japan – von den bekannten Problemfragen abgesehen – nicht zuletzt aus wirtschaftlichem Kalkül um einen konzilianten Ton und die Verbesserung der Beziehungen bemüht ist, am Ende Schwierigkeiten hatte,

die Geister, die sie rief, auch wieder loszuwerden. Freinach dem chinesischen Sprichwort, wonach es schwierig – und gefährlich – ist, von einem Tiger wieder abzusteigen, wenn man sich erst einmal dazu entschieden hat, auf dessen Rücken zu reiten (*qi hu nan xia*).

Die zwischenstaatliche Dimension – ein gefährliches Spiel der chinesischen Regierung

Den gewaltsamen Ausschreitungen gegen die japanische Botschaft während der ersten Demonstrationen Anfang April folgend protestierte Japan offiziell gegen die Untätigkeit der chinesischen Sicherheitsorgane, die japanische Einrichtungen nicht hinreichend geschützt hätten. Die Reaktion der chinesischen Regierung bestand in der Einbestellung des japanischen Botschafters, um ihrerseits offiziell gegen die Haltung der japanischen Regierung im Zusammenhang mit dem als Beleidigung des chinesischen Volkes empfundenen Geschichtsbuch zu protestieren, die keineswegs allein eine interne japanische Angelegenheit darstelle (XNA, 5.4.05). Qin Gang, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, wird in diesem Zusammenhang mit den Worten zitiert, die Wurzel des Problems liege in der Haltung Japans zu seiner militaristischen Vergangenheit und dem nicht angemessenen Umgang damit, während die chinesische Regierung sich schon immer als verantwortungsvoll erwiesen und die Sicherheit und das Eigentum aller Ausländer in China geschützt habe. Er rief in dieser Pressekonferenz seine Landsleute lediglich dazu auf, ihre Gefühle in rationaler Weise auszudrücken, äußerte ansonsten jedoch kein Wort des Bedauerns über die antijapanischen Ausschreitungen (Kyodo News Service, 5.4.05).

Während sich die japanische Regierung in öffentlichen Stellungnahmen gegen die chinesische Beanstandung des Schulbuches verwahrte und ihrerseits die patriotische Erziehung an Chinas Schulen für den Ausbruch antijapanischer Proteste verantwortlich machte (ST, 7.4.05), hieß es von Seiten der chinesischen Regierung in Beantwortung japanischer Forderungen nach Entschuldigung und Entschädigung, es sei vielmehr an Japan, mehr für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu tun (FAZ, 13.4.05; WSJ, 10.4.05). Mitte April entschloss sich die japanische Regierung, Außenminister Machimura nach Beijing reisen zu lassen, um den Dialog mit seinem Amtskollegen Li Zhaoxing zu suchen. In einer Pressekonferenz am 18. April im Anschluss an das Gespräch in Beijing demonstrierte der chinesische Vizeaußenminister Wu Dawei erneut Unnachgiebigkeit. Es sei an Japan sich zu entschuldigen, nicht an China. Japan habe bei der korrekten Behandlung von historischen Tatsachen versagt. Außenminister Li Zhaoxing wurde in chinesischen Massenmedien im selben Kontext mit den Worten zitiert, Japan müsse durch konkrete Maßnahmen Läuterung beweisen (FAZ, 19.4.05). Dennoch war es augenscheinlich, dass sich die Regierung in Beijing – zumindest in der Hauptstadt selbst – um eine Ver-

hinderung weiterer antijapanischer Protestkundgebungen und damit verbundener Ausschreitungen bemühte. Beijing blieb während des Besuchs des japanischen Außenministers demonstrationsfrei (HB, 18.4.05).

Obwohl die chinesische Seite in dem Gespräch zwischen beiden Außenministern keinerlei Zugeständnisse gemacht hatte, zeigten sich in den folgenden Tagen doch Anzeichen einer Bemühung um Deeskalation, zumindest aber darum, eine weitere Verschärfung der Situation auf den chinesischen Straßen zu verhindern. Am Abend des 19. April strahlte das chinesische Fernsehen eine Ansprache Li Zhaoxings vor 3.500 Kadern aus, in der er seine Zuhörer ermahnte, nicht an ungenehmigten Demonstrationen teilzunehmen. Ferner verwies er auf den ausgedehnten friedlichen und freundschaftlichen Austausch in den 2.000 Jahren chinesisch-japanischer Beziehungen. Lis Direktive wurde am folgenden Tag auch in allen Unterorganisationen der Partei verbreitet und kam damit einem Demonstrationsverbot von höchster Ebene gleich (NZZ, 21.4.05).

Eingeleitet wurden diese Schritte offensichtlich, um im Hinblick auf die von japanischer Seite angeregten Gespräche auf höchster Ebene vorsichtige Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Schließlich hatten sich in der Zwischenzeit auch hochrangige Vertreter anderer südostasiatischer Staaten und nicht zuletzt UN-Generalsekretär Annan besorgt über die Spannungen zwischen China und Japan geäußert (ebd.). Gelegenheit zu einer Unterredung des chinesischen Präsidenten Hu Jintao mit dem japanischen Ministerpräsidenten Koizumi bot sich auf dem Asien-Afrika-Gipfel am 23. April in Jakarta; Beijing ließ sich mit seiner Bestätigung der Gesprächsbereitschaft allerdings sehr lange Zeit. Offenbar wollte man hier zunächst die Rede Koizumis auf dem Gipfel treffen abwarten.

Ministerpräsident Koizumi demonstrierte vor den versammelten Staatsmännern beider Kontinente tiefe Reue wegen der Kriegsverbrechen. Durch Kolonialherrschaft und militärische Aggression habe sein Land gewaltigen Schaden angerichtet und Leid über die Menschen vieler Länder gebracht; man wolle sich nun im Geiste der Demut diesen historischen Tatsachen stellen (FAZ, 23.4.05). Mit dieser öffentlichen Entschuldigung vor hochrangigem internationalem Auditorium lag der Ball nun wieder im chinesischen Feld. Eine Ablehnung eines Spitzengesprächs wäre international kaum zu vermitteln gewesen, eine vorschnelle Zustimmung dazu wiederum wäre der chinesischen Regierung im eigenen Land mit Sicherheit als Schwäche ausgelegt worden.

Hu und Koizumi trafen sich schließlich hinter verschlossenen Türen zu einer einstündigen Unterredung. Im Anschluss daran hieß es von Seiten Hu Jintaos lediglich, Japan müsse seinen Worten tief empfundenen Bedauerns nun endlich auch Taten folgen lassen und insbesondere keine Schritte unternehmen, die das chinesische Volk und andere asiatische Nationen kränkten. Er hoffe, so Hu weiter, Gespräche erwiesen sich als nützlich zur Beilegung der Differenzen zwischen beiden Ländern. Der chinesische Präsident wies dann auch konkret die Richtung, in der die chinesische Regierung Taten Japans er-

warte: Japan könne zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen beitragen, indem es sich jeglicher Unterstützung für Schritte in Richtung auf eine Unabhängigkeit Taiwans enthalte (WSJ, 23.4.05; Kyodo News Service, 23.4.05, nach BBC PF, 24.4.05).

Ein Einlenken beider Seiten war nun eingeleitet. Allerdings zeigte sich die chinesische Regierung weiterhin weit davon entfernt, eine Entschuldigung für die antijapanischen Ausschreitungen abzugeben und die dabei entstandenen Sachschäden offiziell zu kompensieren. Zwar meldete am 12. Mai die *South China Morning Post* unter Berufung auf die japanische *Nihon Kezai Shim-bun*, China präferiere eine Lösung ohne offizielle Entschuldigung und hätte zu diesem Zweck eine Geldzahlung angeboten, die aber nicht als Entschädigung zu bezeichnen sei. Ein Sprecher der japanischen Regierung wollte dies jedoch nicht bestätigen (SCMP, 12.5.05). Sollte es zu Ausgleichszahlungen der chinesischen Regierung an die japanischen Geschädigten auf informellem Wege und ohne offizielles Schuldeingeständnis kommen, so entspräche dies einem Weg, der in Shanghai bereits unmittelbar nach den Ausschreitungen beschritten worden war, um der für die Wirtschaft der Metropole wichtigen japanischen Gemeinschaft (offiziell 35.000 Menschen) in Shanghai zu signalisieren, dass sie weiterhin mehr als willkommen ist und auf die Stadtregierung trotz der gegenteiligen Botschaft der Demonstrationen zählen kann (ST, 3.5.05).

In der Unterredung zwischen Hu und Koizumi hatte Beijing offensichtlich verschiedene Zugeständnisse der japanischen Seite erreichen können, die sich später materialisierten. So sprachen der chinesische Außenminister Li Zhaoxing und sein japanischer Amtskollege nach einem weiteren Gespräch am Rande des Asia-Europe Meeting Anfang Mai von Verbesserungen der Beziehungen. Man wolle nun die Gespräche über die Territorialstreitigkeiten, die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Definition der Wirtschaftsgewässer und der Ausbeutung von Erdgas- und Erdölvorkommen in umstrittenen Seegebieten des Ostchinesischen Meers wieder aufnehmen und auch die Möglichkeit einer konkreten Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ausloten. Ferner solle noch in diesem Jahr eine gemeinsame chinesisch-japanische Kommission zur Beseitigung von Differenzen hinsichtlich der Auslegung historischer Fakten gebildet werden (IHT, 9.5.05). Li betonte, die chinesische Seite sei offen sowohl für eine bilaterale als auch für eine trilaterale Kommission unter Einbeziehung Südkoreas (Kyodo News Service, 7.5.05, nach BBC PF, 8.5.05), wo es ebenfalls erhebliche, wenn auch deutlich weniger gewalttätige, Proteste sowohl gegen die japanischen UN-Ambitionen als auch gegen das Schulbuch gegeben hatte (ST, 5.4.05; FAZ, 13.4.05).

Die Demonstration von Volkes (Un-)wille müssen so wohl als kalkuliertes, aber gefährliches Spiel mit dem Feuer bewertet werden. Konnte die chinesische Regierung einerseits die genannten Ziele ihrer Politik erreichen, so ist aber andererseits wohl zu unterstellen, dass der Beijinger Führung keineswegs daran gelegen war, die bilateralen Beziehungen auf einen solchen Tiefpunkt zu

führen, dass schließlich auch die wirtschaftliche Kooperation drohte ernsthaft Schaden zu nehmen. Es könnte sich erweisen, dass die Reputation Chinas als verantwortungsbewusstes Mitglied der internationalen Gemeinschaft unter der offensichtlichen Billigung der anti-japanischen Ausschreitungen gelitten hat. Nicht zuletzt aus diesem Grunde bemühte sich die chinesische Regierung ohne Entschuldigung für den an japanischen Einrichtungen in chinesischen Städten entstandenen Schaden wiederholt verbal um Schadensbegrenzung in eigener Sache. Sowohl die Proteste auf der Straße als auch die Kritik der chinesischen Regierung seien niemals gegen Japan oder das japanische Volk, sondern vielmehr ausschließlich gegen eine Minderheit rechter Militaristen in Japan gerichtet gewesen (vgl. Lam 2005).

Ruhe und Ordnung werden wieder hergestellt

Da die chinesische Regierung bereits Mitte April die Signale aus Japan in der Weise deutete, dass Zugeständnisse in ihrem Sinne zu erwarten waren, begann man vorsichtig – um die Bevölkerung nicht gegen sich selbst aufzubringen und eventuell die Kontrolle zu verlieren – damit, dem Treiben der Demonstranten Einhalt zu gebieten. Hatten die Organisatoren der Proteste sich auf Internet und Mobilfunk verlassen können, so erkannte die chinesische Regierung ebenfalls die Brisanz und das Potenzial dieser Technologie. Mitte April – unmittelbar vor dem Blitzbesuch Machimuras in Beijing – erschienen auf den großen chinesischen Internetportalen Hinweise der Sicherheitsbehörden, dass jegliche Versammlung, jeder Marsch und jede Demonstration zuvor genehmigt werden müsse. Jede Situation, so hieß es weiter, die die öffentliche Ordnung gefährde, werde als illegal eingestuft und Beteiligte würden zur Rechenschaft gezogen (SCMP, 16.4.05). Zuvor angekündigte Demonstrationen in Beijing konnten auf diese Weise offensichtlich unterbunden werden. Die *Renmin Ribao* würdigte in einem Kommentar die Manifestationen von Patriotismus als reines, nobles und heiliges Gefühl, bemühte sich jedoch zugleich darum, die Ausschreitungen auf den Straßen herunterzuspielen und rief ihrerseits zu Ruhe und Wahrung gesellschaftlicher Stabilität auf (SCMP, 18.4.05). Das Demonstrationsgeschehen verlagerte sich jedoch nur auf andere Großstädte wie Chengdu, Shanghai, Shenzhen, Guangzhou etc. (ST, 17.4.05). Waren die staatlichen Aufrufe zur Mäßigung also lediglich ein Signal möglichen Wohlwollens anlässlich des Besuchs des japanischen Außenministers Machimura in der chinesischen Hauptstadt?

Am 21. April sahen sich die nationalen Sicherheitsbehörden schließlich gezwungen, im chinesischen Fernsehen flächendeckend erneut darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Demonstrationen aufgrund der fehlenden behördlichen Genehmigung um illegale Akte handelte. Ferner wurde ausdrücklich davor gewarnt, über Internet und SMS zu Demonstrationen aufzurufen bzw. diese zu organisieren (WSJ, 21.4.05). Erst eine Woche

später vertraute auch die chinesische Regierung Ende des Monats dann erstmals nicht mehr ausschließlich auf Appelle über die traditionellen Massenmedien, um eine Fortsetzung der Proteste Anfang Mai zu verhindern, nachdem sie den ganzen April hindurch die Demonstrationen zunächst weitgehend tatenlos geschehen lassen hatte. Erstmals erhielten Millionen von Mobilfunkkunden beispielsweise in Beijing und Shanghai Textnachrichten (SMS) von den lokalen Sicherheitsbehörden. Darin wurden die Empfänger erfolgreich dazu angehalten, Patriotismus rational zu artikulieren, sich nicht an illegalen Protestaktionen zu beteiligen und keinen Ärger zu machen (Macartney 2005).

Ob es die Gefahr einer dauerhaften Verschlechterung der sino-japanischen Beziehungen zu Ungunsten Beijings war oder die Eigendynamik des Protests (insbesondere der damit einhergehenden Diskussionen im Internet), die zu einem Kontrollverlust der Regierung ausgerechnet im Vorfeld des wichtigen historischen Datums 4. Mai zu führen drohten und daher deutliche Warnungen vor einer Fortführung der Demonstrationen erzwingen, ist nicht zu beantworten. Argumente lassen sich für beide Interpretationen finden.

Insbesondere der Jahrestag der 4.-Mai-Bewegung von 1919 hat sich in der Vergangenheit für die chinesische Regierung trotz der insgesamt gelungenen Usurpation der historischen Ereignisse im Sinne der Parteilsgeschichte als schwieriges Datum erwiesen. Bereits im Jahr 1919 hatten sich Boykottaufrufe und Demonstrationen zunächst gegen die ausländischen Mächte, gegen die Überlassung deutscher Kolonialgebiete in China an Japan aufgrund des Versailler Vertrages und damit direkt auch gegen Japan gerichtet, bevor die chinesische Regierung ob ihrer Schwäche selbst ins Visier der Kritik geriet. Während des Verlaufs der aktuellen antijapanischen Proteste erschienen bereits in den ersten Apriltagen Meinungsäußerungen in Internetforen, die Kritik an der uneindeutigen Haltung der chinesischen Regierung in der Frage der japanischen Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat übten (ST, 7.4.05). Diese gewannen an Schärfe und stellten der chinesischen Zurückhaltung, die kein Ausdruck von Stärke zu sein schien, das leuchtende Beispiel Südkoreas entgegen, dessen Regierung schon frühzeitig und eindeutig die japanischen Ambitionen als nicht akzeptabel erklärt hatte (Yonhap news agency, 22.3.05, nach BBC PF, 23.3.05; FT, 4.4.05). Eine Beendigung der Proteste auf der Straße, bevor sie sich ein weiteres Mal in der neueren chinesischen Geschichte gegen die eigene Regierung richten konnten, muss Ende April demnach auch unabhängig von außenpolitischen Erwägungen als dringend geboten erschienen sein.

Selbst in der Frage des Boykotts japanischer Waren, der nach dem Abebben der Demonstrationen als einziges Ergebnis des Protests bestehen blieb und weiter seine Kreise zog, sah sich die chinesische Regierung Anfang Mai zum Gegensteuern gezwungen. In verschiedenen Zeitungsartikeln wurde von Regierungsvertretern darauf hingewiesen, dass im Zeitalter der Globalisierung Boykotte den Effekt haben könnten, chinesische

Arbeitsplätze zu gefährden (FAZ, 4.5.05). Deutlicher drückte es die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua in ihrem Inlandsservice aus:

Under a situation where countries are economically interdependent and "there is something of each in the other", blindly boycotting Japanese goods would harm the interests of producers and consumers on both sides. (...) In the end it would harm our country's overall interests and adversely affect the overall situation of its development. (Xinhua, 4.5.05, nach BBC PF, 6.5.05)

Mit anderen Worten ist fehlgeleitet und verhält sich letztlich unpatriotisch, wer aus patriotischen Beweggründen zum Boykott japanischer Waren aufruft bzw. diesen in die Tat umsetzt.

China, eine Nation antijapanischer Nationalisten?

Es wird international weithin als Faktum gehandelt, dass insbesondere die nach der Kulturrevolution aufgewachsenen Generationen empfänglich für nationalistische Haltungen sind, die auf einen ausgeprägten – allerdings überwiegend latenten – Antijapanismus als gemeinsamen Nenner gründen. Die Massendemonstrationen des Monats April und die Fernsehbilder aufgebracht junger Erwachsener, die antijapanische und teils rassistische Parolen schrien, scheinen dieses Bild nur ebenso zu bestätigen wie Umfragen, wonach 96% der Befragten der Meinung waren, das japanische Schulbuch, an dem sich der Protest entzündete, stelle eine Beleidigung des chinesischen Volkes dar (XNA, 11.4.05). Und dennoch scheint eine stärkere Differenzierung nötig.

Nicht zu bestreiten ist, dass eine diffuse und latente antijapanische Grundhaltung im Hinblick auf die in der Volksrepublik China nach innen gemeinschafts- und loyalitätsfördernde Betonung der japanischen Kriegsverbrechen gegen China weit verbreitet ist und staatlicherseits bewusst gefördert wird. Eine landesweite Serie von provokativen Berichten und Kommentaren in den ansonst streng zensierten Medien, die dieses negative Japanbild wach halten oder wie im konkreten Fall verstärken, funktioniert – darauf kann die chinesische Regierung zählen – wie der auslösende Reiz eines bedingten Reflexes. Ausbrüche ehrlichen, aber letztlich angelerten, Japanhasses als Ausdruck eines gekränkten Nationalstolzes und immer mehr auch eigenes nationales Geltungsbedürfnis über die legitime Kritik an Entwicklungen in Japan hinaus sind in solchen Fällen in den vergangenen Jahren, wenn auch in weit geringerem Umfang, immer die Regel gewesen. Auslöser waren frühere Berichte über Schulbuchrevisionen ebenso wie gerichtliche Ablehnungen von Entschädigungsansprüchen chinesischer Opfer der japanischen Kriegsverbrechen, neue Giftfunde aus der Zeit der Besatzung bzw. im Zusammenhang mit den Menschenversuchen in der Mandschurei oder auch nur Sportveranstaltungen mit japanischer und chinesischer Beteiligung. Chinesische Medien spielen und spielen in diesem Zusammenhang immer die

zentrale Rolle (vgl. auch NZZ, 11.4.05). Wo sich bislang der reflexartige Antijapanismus nicht auf der Straße entlud, waren es mit vorhersagbarer Regelmäßigkeit zumindest die weit verbreiteten Internetforen in China, in denen sich die Reaktionen auf chinesische Medienberichte schnell manifestierten.²

Insbesondere in diesen elektronischen Kommunikationsforen zeigt sich jedoch neben pauschalen Verurteilungen Japans und der Japaner ein durchaus differenziertes und der allgemeinen Lebenswirklichkeit auch in China eher entsprechendes Bild. Japanern als Ethnie wird eine Bandbreite von Charakteristika zugeschrieben, die von einer negativen ethnisch-rassistisch begründeten Minderwertigkeit, Kriegslüsterheit und Grausamkeit bis hin zu positiv besetzter ethnischer Solidarität, kulturelle Geschlossenheit und Stärke durch Gemeinsamkeit sowie insbesondere die Fähigkeit zur Modernisierung von Staat und Gesellschaft bei gleichzeitiger Bewahrung eigener Identität reichen, wobei hinsichtlich der letztgenannten Eigenschaften durchaus unverhohlenen Bewunderung geäußert wird. Deutlich wird hier, dass die widersprechenden Urteile unterschiedlichen Erfahrungsbereichen entstammen. Die negativen Urteile gründen offenbar in erster Linie auf die schulisch im Rahmen der „patriotischen Erziehung“, medial und anderweitig vermittelten Fakten, Erinnerungen und Urteile aus zweiter Hand, während sich positive Einschätzungen weitgehend dem eigenen Erleben zuordnen lassen. Letzteres ist in den Großstädten Chinas geprägt von einer Vielzahl kultureller und technischer Importe, die integraler Bestandteil eines modernen chinesisch-kosmopolitischen Lebensstils sind, der in den chinesischen Großstädten in unterschiedlich starker Ausprägung als gelebtes Leitbild fungiert. Japanische Popmusik, Moden in Kleidung und Frisur und Makeup zählen ebenso dazu wie japanisches Essen oder Hard- und Software der Unterhaltungselektronik. Auch ein Studium in Japan gilt als durchweg erstrebenswert.

Die Demonstrationen selbst können demnach auf die Aktivierung des latenten Antijapanismus aus zweiter Hand interpretiert werden, der wichtiger Bestandteil der seitens der Kommunistischen Partei geförderten nationalen chinesischen Identität ist. Das Kernnarrativ des großen nationalen Kollektivs ließ somit die Erfahrungen des eigenen Erlebens, der individuellen wie der Identität als Mitglied kleinerer subnationaler Kollektive in den Hintergrund treten.

Farrer unterscheidet aus eigener Ansicht folgende Diskurse, die sich in den Demonstrationen in Shanghai manifestierten:

The loudest voice was a simple patriotism of flag waving and patriotic songs.

The second and harshest voice was an unreflective Japan-bashing with little political content; common insults included 'Japanese devils' and 'Down with Japan'.

The third discourse was a political argument against right-wing nationalism in Japan. Many protesters argued that the textbook revision and visits by Japanese officials to the Yasukuni shrine were grounds for opposing Tokyo's bid for a permanent seat on the United Nations Security Council.

A fourth distinctive discourse was a self-consciously moderate internationalism, which was evident in posters praising Germany for its admission of war guilt, and even a willingness to cooperate with Japan. (ST, 3.5.05)

Auf seine Frage, warum sie gegen Japan seien, so Farrer weiter, antwortete eine Gruppe junger Studenten und Arbeiter, die Frage an sich sei schon falsch gestellt und gehe am Kern vorbei (ebd.). So wird auch verständlich, warum Augenzeugen der Demonstrationen teilweise von diffusen Eindrücken, karnevalesken Szenen und Menschen sprechen, die sich nicht recht im Klaren schienen, wogegen sie eigentlich demonstrierten (WSJ, 18.4.05). Letztlich wundert es daher auch nicht, dass dieselben Demonstranten, die zum allgemeinen Boykott japanischer Waren aufriefen, zugleich auf der weiteren Nutzung aller in ihrem Besitz befindlichen japanischen Produkte beharrten (WSJ, 11.4.05), deren sichtbarer Benutzung im städtischen Alltagsleben in China heute erhebliches soziales und kulturelles Kapital inneohnt. Von Antijapanismus oder gar allgemeinem xenophoben Nationalismus kann demnach nicht ohne erhebliche Einschränkungen gesprochen werden. Der populäre chinesische Nationalismus in China ist letztlich auch für die Kommunistische Partei ein zweischneidiges Schwert und keinesfalls ein eindimensionales Phänomen. Er stellt sich in den Metropolen des Landes als eine diffuse Gemengelage einander widersprechender Orientierungen dar, von denen mal die eine, mal die andere Oberhand gewinnt. Während kosmopolitische Strömungen im Alltag zu dominieren scheinen, ist andererseits die radikale Ausprägung eines angelernten und latent als Grundströmung wirkenden Nationalismus durch politische Manipulation offenbar situativ abrufbar. Gerade diese situativ nationalistisch aufgeheizte „Volksmeinung“ droht sich jedoch jederzeit auch gegen die eigene Regierung zu richten.

Quellen

ALPHA-LA (Alliance to Preserve the History of WWII in Asia) (2005), „Honorable Judge Yosh Yamana-ka speaks against Japan to UNSC“, Press Release, 4.3.2005. Online: http://www.alpha-la.org/article_read.asp?id=33 (Aufruf: 17.5.05)

Kahn, Joseph (2005), „China is Pushing and Scripting Anti-Japanese Protests“, in: *The New York Times*, 15.4.2005. Online: <http://www.nytimes.com/2005/>

²Die nachfolgenden Ausführungen beruhen, so nicht anders vermerkt, auf bislang nur in Teilen veröffentlichten Ergebnissen eines kürzlich abgeschlossenen mehrjährigen Forschungsprojekts unter Leitung des Autors. Darin wurde mittels Inhaltsanalysen verschiedener chinesischer Internetforen sowie durch Feldforschung in mehreren chinesischen Großstädten der Frage nach relevanten Einstellungen und Orientierungen chinesischer Städter im Alter von 15 bis 35 Jahren nachgegangen.

04/15/international/asia/15china.html?ei=5070&en=0acc48f9885f9eab&ex=1116561600&th=&oref=log in&emc=th&pagewanted=all&position= (Aufruf: 18.5.05)

Lam, Willy (2005), „Anti-Japanese Protests Pose Long-Term Challenges for Beijing“, in: *China Brief*, Vol. 5, Issue 9, 26.4.2005. Online: http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=408&issue_id=3311 (Aufruf: 15.5.05)

Macartney, Jane (2005), „Message to the mob, China texts protest ban“, in: *Times*, 2.5.2005. Online: <http://www.timesonline.co.uk/article/0,,3-1594030,00.html> (Aufruf: 18.5.05)

Yardley, Jim (2005), „A Hundred Cellphones Bloom, and Chinese Take to the Streets“, in: *The New York Times*, 25.4.2005. Online: <http://www.nytimes.com/2005/04/25/international/asia/25china.html?ex=1272081600&en=ff6246fe7d2747df&ei=5090&partner=rssuserland&emc=rss> (Aufruf: 18.5.05)